

Beschluss Starke Kommunen: für Zukunft, Demokratie und Gemeinschaft

Gremium: Landesdelegiertenkonferenz Jena 02. bis 04. Februar 2024
Beschlussdatum: 02.02.2024
Tagesordnungspunkt: 4. Leitantrag

Antragstext

1 Kommunen sind das Fundament und die Grundlage unserer Demokratie. In den Städten
2 und Gemeinden spielt sich das Leben ab, hier werden politische Entscheidungen in
3 die Realität umgesetzt und vermittelt, hier machen Menschen die meisten
4 Erfahrungen mit Mitbestimmung und Demokratie. Hier finden die Daseinsvorsorge,
5 der Arbeits- und Lebensalltag, die Bildung unserer Kinder und das Miteinander
6 der Generationen statt. Hier wird Thüringen zu unserm Zuhause.

7 Unsere Kommunen stehen vor großen Herausforderungen, heute mehr denn je. Die
8 Kommunen sind es, die maßgeblich für unsere Infrastruktur sorgen – sichere
9 Mobilitätsangebote, bezahlbare Wohnungen, sanierte Schulen und Kindergärten,
10 Wasser und Abwasser, häufig auch Strom und Wärme. Sie garantieren ein
11 funktionierendes Gemeinwesen, das zu häufig als viel zu selbstverständlich
12 angenommen wird – dafür gebührt ihnen große Anerkennung. Doch sie leisten weit
13 mehr als das. Schwimmbäder, Theater, Bibliotheken, Parks und Spielplätze -
14 Kommunen sorgen für das, was Orte lebenswert macht. Die Klimakrise ist für die
15 kommunale Ebene eine weitere Herausforderung mit dringendem Handlungsbedarf.
16 Umso wichtiger ist es, dass unsere Kommunen gut aufgestellt sind, all diesen
17 Aufgaben nachzukommen.

18 Bei der Unterstützung der Kommunen von Landesseite haben wir unter grüner
19 Regierungsbeteiligung bereits große Schritte nach vorn gemacht – unter rot-rot-
20 grün hat sich die finanzielle Situation der Kommunen so gut entwickelt wie noch
21 nie in unserem Freistaat. Diesen Weg wollen wir weitergehen und einen modernen
22 sozial-ökologischen kommunalen Finanzausgleich etablieren, der die aktuellen
23 Investitions- und Finanzierungsbedarfe besonders in den Blick nimmt. Denn es ist
24 klar, dass die wachsenden Anforderungen unsere Kommunen auch finanziell fordern.
25 Daher muss sich auch der Bund stärker an der Kommunalfinanzierung beteiligen.
26 Für uns gilt dabei: wer bestellt, der zahlt – Aufgaben, die den Kommunen von
27 anderen Ebenen übertragen werden, müssen ausfinanziert sein. Dieses sogenannte
28 “Konnexitätsprinzip” wollen wir konsequent umsetzen. Klar ist aber auch: alle
29 Ebenen müssen tun, was sie können, um ihren Teil beizutragen.

30 Denn es geht eben nicht nur ums Geld. Probleme lösen wir nur, wenn sich jede
31 Ebene zuständig fühlt. Die vor uns liegenden Aufgaben sind umfassend und
32 komplex. Sie müssen von allen Ebenen gemeinsam angegangen werden. Kommunen, Land
33 und Bund müssen viel stärker noch als bisher auf Kooperation und Kreativität
34 setzen. Die nötigen Maßnahmen über die verschiedenen Ebenen klug zu
35 koordinieren, wird dabei eine zunehmend wichtige politische Aufgabe. Denn es
36 gibt etliche Themenbereiche, in denen gemeinsames und entschlossenes Handeln
37 gefragt ist. Und dennoch: auf kommunaler Ebene wird Politik konkret!

38 **Aktuelles Beispiel: Hochwasser**

39 In der Klimakrise sorgen Extremwetterereignisse immer stärker für große
40 Herausforderungen. Diese reichen von Starkregenereignissen über Dürre und
41 Niedrigwasserprobleme bis hin zu winterlichen Hochwasservorkommen wie Ende des

42 Jahres 2023/Anfang 2024. Hier hat sich einerseits gezeigt, wie wichtig
43 Katastrophenschutz ist. Nur durch das Engagement und den Einsatz hunderter
44 Einsatzkräfte, viele auch im Ehrenamt, konnten schlimmere Folgen verhindert
45 werden. Wir bedanken uns ausdrücklich bei den vielen Einsatzkräfte für ihre
46 engagierte und wichtige Arbeit auch über die Feiertage, die nicht
47 selbstverständlich ist! Andererseits wird auch deutlich, dass vorbeugendes
48 Handeln im Sinne einer Klimaanpassung große Bedeutung zukommt. Mit den
49 Gewässerunterhaltungsverbänden, den Wasserwehren und dem Landesprogramm
50 Hochwasserschutz sind wir in Thüringen bereits gut aufgestellt. Der bisher
51 umgesetzte technische Hochwasserschutz gemeinsam mit den
52 Renaturierungsmaßnahmen, die wir GRÜNEN in den letzten Jahren vorangebracht
53 haben, konnten Schlimmeres verhindern. Das gute Management der aktuellen
54 Hochwassersituation hat gezeigt, dass die Zusammenarbeit von Landesebene und
55 Katastrophenschutz auf Landkreisebene außerordentlich wichtig ist und weiter
56 gefestigt werden sollte. Besonders die von unserem Umweltministerium
57 durchgeführten, Schulungen der auf Landkreisebene angesiedelten Krisenstäbe hat
58 dazu beigetragen.

59 Den Kommunen kommt beim Brand- und Katastrophenschutz eine wichtige Rolle zu:
60 bei der Bereitstellung der Fahrzeuge, Ausrüstung und Gebäude. Doch das alles
61 nützt nichts, wenn die Menschen fehlen. Gerade Brand- und Katastrophenschutz
62 funktionieren nicht ohne Ehrenamtliche. Vielerorts mangelt es bereits an
63 Freiwilligen, die dieses wichtige Ehrenamt ausführen wollen und können. Das Land
64 muss daher nicht nur finanziell unterstützen, die Digitalisierung der
65 Wehrorganisation und Einsatzalarmierung sowie die Ausbildungsmöglichkeiten
66 bereitstellen. Es ist auch die Verantwortung des Landes, Ehrenamt attraktiver zu
67 machen, besonders in der Feuerwehr. Hierauf muss die lange überfällige
68 Ehrenamtsstrategie des Landes eine Antwort finden, aber auch Kommunen müssen
69 neue und kreative Wege gehen. Ansätze könnten beispielsweise die Zahlung von
70 Aufwandsentschädigungen für ehrenamtliche Einsatzkräfte, eine vereinfachte Aus-
71 und Weiterbildung und attraktive Vergünstigungen sein.

72 Die Feuerwehren sind jedoch nicht der einzige Bereich, in dem es zunehmend an
73 Personal fehlt. Der demografische Umbruch gepaart mit der ländlich geprägten
74 Struktur Thüringens bergen die große Gefahr eines Infrastrukturrückgangs, unter
75 anderen im medizinischen Sektor. Es ist Aufgabe von Bund und Land, über eine
76 kluge Struktur die Versorgung auch in ländlicheren Gebieten abzusichern, damit
77 alle Menschen die medizinische Hilfe bekommen, die sie benötigen. Dafür müssen
78 auch neue Versorgungsstrukturen stärker in den Blick genommen werden. Die
79 Zukunft der medizinischen Versorgung ist sektorübergreifend und gut vernetzt.
80 Hierbei können auch Kommunen ihren Anteil leisten, beispielsweise mit der
81 Initiierung von kommunalen Versorgungszentren, die gemeinwohlorientiert
82 arbeiten. Hier können Ärzt*innen verschiedener Disziplinen angestellt und
83 unterschiedliche Gesundheitsberufe unter einem Dach vereint werden. Regional
84 klug gesteuert und im richtigen Ort angesiedelt, werden so Versorgungslücken
85 verhindert, Anreize für Ärzt*innen geschaffen und Leistungen aus einer Hand für
86 Patient*innen angeboten, eine win-win-Situation für alle. Hilfreiche Angebote,
87 um Versorgungslücken gerade in ländlichen Kommunen zu schließen, sind auch
88 Gesundheitskioske und sogenannte Community Health Nurses, ähnlich der früheren
89 Gemeindeschwestern, die im kommunalen Setting als erste Ansprechpartner*innen in
90 Ergänzung zu Hausärzt*innen agieren und sich vor Ort besonders um die Betreuung

91 von Menschen mit chronischen oder Mehrfacherkrankungen, Behinderung oder
92 Pflegebedarf kümmern.

93 Damit Menschen auch zur Ärztin, zur Schule oder zur Arbeit gelangen können,
94 müssen die Mobilitätsangebote stimmen. Während es bei Straßen wie
95 selbstverständlich ein durchgängiges Netz durchs Land gibt, enden Buslinien und
96 Fahrradwege viel zu häufig an der Gemeinde- oder Kreisgrenze. Das muss der
97 Vergangenheit angehören, denn Menschen müssen eine echte Wahl haben, wie sie
98 mobil sein können. Es ist essentiell, dass die Kommunen auch untereinander
99 stärker kooperieren und durchgängige Buslinien und Radwege schaffen. Die
100 Schaffung von Radverkehrsbeauftragten in jedem Kreis, gefördert durch das Land,
101 kann hierfür ein erster wichtiger Schritt sein, genauso wie die flächendeckende
102 Planung und Umsetzung von Radwegenetzen. Auch hierbei ist ein verstärkte
103 Aufgabenübernahme durch die Kreise sinnvoll.

104 Für die Bekämpfung der Klimakrise und die Stärkung unserer Unabhängigkeit muss
105 auch der Ausbau der Erneuerbaren weiter vorangebracht werden. Die
106 Bundesregierung, allen voran Bundesminister Robert Habeck haben in den letzten
107 Jahren zahlreiche bürokratische Hürden abgebaut und Planungs- und
108 Genehmigungsverfahren beschleunigt, um den Ausbau von Windkraft, Solar und Co.
109 voranzubringen. Das Land muss entsprechend seine Verwaltungsstrukturen anpassen.
110 Die Kommunen sind weiter gefragt, für Projekte auf ihrem Gemeindegebiet
111 unkompliziert die Nutzung geeigneter Flächen zu ermöglichen, Hürden für den
112 Ausbau von Dachsolaranlagen auszuräumen und ihre eigenen Dächer zu bestücken.
113 Der Windausbau darf nicht mehr über die regionalen Planungsgemeinschaften
114 ausgebremst werden. Wir brauchen keine Debatte mehr über das 'Ob', sondern über
115 das 'Wo', und zwar sehr schnell, bevor ein steuerndes Eingreifen den Kommunen in
116 ein paar Jahren nicht mehr möglich ist. Mit dem Windenergiebeteiligungsgesetz
117 setzen wir noch mehr Anreize für den Ausbau der Windkraft, indem wir die Kommunen
118 und die Menschen vor Ort stärker an den Gewinnen beteiligen. Bei nötigen
119 Investitionskosten für Energie- und Wärmewende brauchen gerade Stadtwerke
120 mancherorts Unterstützung, die die Bundes- und Landesregierung bereits
121 bereitstellen. Diese wollen wir weiterführen, denn der Ausbau der Erneuerbaren
122 darf nicht am Geld scheitern.

123 Nicht am Geld scheitern, sollte auch die Unterbringung und Integration
124 Geflüchteter Menschen. Hier stehen die Kommunen vor besonders großen
125 Herausforderungen. Aufgrund der Klimakrise und der Anzahl der weltweit
126 bewaffneten Konflikte und Kriege ist in den nächsten Jahren nicht mit einer
127 abnehmenden Zahl an Geflüchteten zu rechnen. Kommunen und Land müssen besser aus
128 den größeren Ankunftsgeschehen der letzten Jahre lernen und flexible,
129 kurzfristig greifende Vorkehrungen treffen. Dazu gehört auch die ausreichende
130 Bereitstellung von geeignetem Wohnraum, was gerade in Städten mit angespannterem
131 Wohnungsmarkt eine Herausforderung ist. Über die neue
132 Flüchtlingskostenerstattung unterstützt die Landesregierung endlich auch die
133 Bereithaltung von Wohnraum finanziell. Die Pauschalen zur Herrichtung von
134 Wohnraum für Geflüchtete waren zwar ein guter Ansatz, aber zu niedrig und zu
135 bürokratisch. Wir wollen diese weitentwickeln und die Sanierung von Wohnraum
136 generell noch stärker fördern. Auch die Wohnungsbauförderung wollen wir
137 evaluieren und noch stärker auf die Förderung von bezahlbarem, barrierefreiem
138 Wohnraum auch ohne Wohnberechtigungsschein ausrichten, damit die soziale
139 Wohnungsunternehmen auch in den Kommunen günstigen Wohnraum schaffen und

140 erhalten können. Zugleich ist uns bei der Förderung energiesparendes und
141 nachhaltiges Bauen und Sanieren von Wohnungen und Gebäuden wichtig.

142 Mit der Unterbringung von Geflüchteten ist es allerdings nicht getan, die
143 Integration ist eine weitere große Aufgabe. Es braucht genügend Sprach- und
144 Integrationskurse, Sozialbetreuung und Angebote zum Austausch mit der
145 Bevölkerung. Häufig unterstützen schon jetzt private Initiativen und
146 Ehrenamtliche die Kommunen bei diesen Aufgaben. Mit einem
147 Integrationsfördergesetz wollen wir die Kommunen zielgenauer unterstützen und
148 Planungssicherheit für die Integrationsaufgaben geben. Denn es ist unsere
149 gemeinsame Verantwortung und Verpflichtung, geflüchtete Menschen aufzunehmen und
150 in Sicherheit zu bringen, auch wenn es nicht immer konfliktfrei abläuft. Die Art
151 und Weise, wie Kommunen an diese Aufgabe herangehen, ist auch entscheidend für
152 die Akzeptanz von Geflüchteten in der Bevölkerung.

153 Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Nur wenn unser
154 Schulsystem endlich echte Chancengerechtigkeit bietet, kann unsere Gesellschaft
155 sozial gerechter und geeinter werden. Bis dahin ist es noch ein langer Weg. Die
156 Landesregierung hat in den vergangenen Jahren etliches auf den Weg gebracht, wie
157 den Ausbau der Gemeinschafts- und Ganztagschulen, das Recht auf inklusive
158 Beschulung und die Aufwertung des Grundschul- und Regelschullehramts. Es wurden
159 so viele neue Lehrer*innen eingestellt wie noch nie, auch wenn noch immer viele
160 Stellen unbesetzt sind und der Fachkräftemangel auch im Lehramt neue Strategien
161 fordert. Wir wollen noch weiter gehen und multiprofessionelle Teams sowie
162 Verwaltungsassistenzen zum Standard machen, die Lehramtsausbildung weiter
163 reformieren und weg gehen vom starren Fächerdenken. Wir wollen die Kommunen noch
164 stärker darin unterstützen, digitale Endgeräte bereitzustellen, inklusive
165 Beschulung durch räumliche und personelle Voraussetzungen zu ermöglichen und die
166 Schulausstattung vor Ort ansprechend und modern zu gestalten. Doch all dies
167 funktioniert nur in einer Verantwortungsgemeinschaft mit den Kommunen als
168 Schulträger. Über ein "Sofortprogramm eigenständige Schule 2035" wollen wir es
169 allen Schulen ermöglichen, schnell die entsprechenden Ressourcen aufzubauen, um
170 sich selbst weiterzuentwickeln und ihre Unterrichtsmethoden zu modernisieren.
171 Das braucht auch die proaktive Unterstützung der Schulämter vor Ort. Besonders
172 bei der Digitalisierung der Schulen müssen Land und Kommunen noch stärker Hand
173 in Hand arbeiten, um Hardware, Software, Ausbildungsinhalte und Nutzung
174 digitaler Medien im Unterricht noch besser aufeinander abzustimmen.

175 In der Digitalisierung im Freistaat ist insgesamt noch viel Luft nach oben,
176 gerade in der Verwaltung. Denn die Bewältigung dieser vielen Aufgaben, gerade
177 vor dem Hintergrund des Fachkräftemangels, kann nur mit einer agilen, sich
178 stetig weiterentwickelnden und klug digitalisierten Verwaltung funktionieren.
179 Dafür braucht es Mut und Gestaltungswillen. Es ist nötig, kommunale Ressourcen
180 bei der Digitalisierung von Verwaltungen sinnvoll zu bündeln. Somit müssen
181 Lösungen und Werkzeuge für die gleichen Probleme nicht mehrfach entwickelt
182 werden. Das Land sollte über eine stärkere Bereitstellung von digitalen
183 Plattformen und Managementprozessen gezielt unterstützen. Wichtig ist aber auch,
184 die Verwaltungsstrukturen insgesamt auf den Prüfstand zu stellen. Unsere Zeiten
185 erfordern agile, flexible und kreative Verwaltungen, die Lösungen in den
186 Mittelpunkt stellen. Und vor allem: sie müssen sich den Menschen annehmen und
187 Unterstützung bieten. Nur dann fühlen sich Menschen ernst genommen und 'vom
188 Staat' unterstützt. Denn eine digitale Verwaltung ist immer auch Ausdruck für
189 einen funktionierenden Staat: kooperativ, über verschiedenen Ebenen vernetzt und

190 bürger*innenfreundlich. So lassen sich die Herausforderungen unserer Zeit
191 bewältigen.

192 Das Funktionieren unserer Kommunen steht auf den Schultern all derer, die sich
193 immer wieder und oft ehrenamtlich für ihre Kommune, für ihre Mitmenschen
194 einsetzen und vor Ort Verantwortung übernehmen, sei es in kommunalen Gremien, in
195 der Verwaltung, in Vereinen und Initiativen. Wenn dieses Fundament bröckelt –
196 durch Überalterung, durch stetige Angriffe von rechts, durch ein fehlendes
197 Gefühl von Gemeinschaft und Verantwortung – gefährdet das nicht nur den sozialen
198 Zusammenhalt und die Lebensqualität der Kommune, sondern auch die Demokratie als
199 Ganzes. Es braucht die Menschen, die sich in ihrer Kommune für unser Gemeinwohl
200 engagieren. Es ist wichtig, sie zu unterstützen, statt ihnen Steine in den Weg
201 zu legen. Unsere Demokratie funktioniert nur, wenn Menschen in den kommunalen
202 Gremien Verantwortung für das Gemeinwesen übernehmen, nach Lösungen für Probleme
203 suchen und diese den Menschen vermitteln. Es ist unser daher ein
204 Herzensanliegen, die Bedingungen für das kommunalpolitische Engagement zu
205 verbessern und das Ehrenamt zu erleichtern.

206 Bei den Kommunalwahlen am 26. Mai wird sich auch in Thüringen entscheiden, ob
207 unsere kommunale Demokratie in ihrer Vielfalt erhalten bleibt. Demokratie kann
208 hier im Land nur dann funktionieren, wenn sie auch auf kommunaler Ebene durch
209 demokratische Kräfte gelebt wird. Daher appellieren wir an alle Einwohner*innen
210 in Thüringen: gehen Sie zur Kommunalwahl wählen und wählen Sie demokratisch, am
211 besten GRÜN!